

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Rechtskreiswechsel ukrainischer Geflüchteter stoppen – Arbeitsmarktintegration sichern!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

1. Das Land Berlin spricht sich im Bundesrat klar gegen den geplanten Rechtskreiswechsel ukrainischer Geflüchteter vom SGB II in das AsylbLG aus.
2. Berlin setzt sich dafür ein, dass ukrainische Geflüchtete weiterhin Zugang zu den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten der Jobcenter erhalten und die bisherige Integrationsstruktur beibehalten wird.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 30. Juni 2026 zu berichten.

Begründung

Die Entscheidung der Bundesregierung, neu ankommende ukrainische Geflüchtete aus dem SGB II in das Asylbewerberleistungsgesetz zu verschieben, stößt bei allen beteiligten Stellen – insbesondere den Berliner Sozialämtern – auf Unverständnis. Wohlfahrtsverbände, Geflüchtetenorganisationen, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und der Deutsche Städtetag lehnen den Schritt ab. Selbst die zuständige Bundesministerin hält ihn für falsch.

Bislang wurden ukrainische Geflüchtete über die Jobcenter und damit durch die Bundesagentur für Arbeit betreut. Dieses System hat funktioniert: Der direkte Zugang zu Arbeitsvermittlung, Qualifizierungsmaßnahmen, Sprachkursen und arbeitsmarktpolitischen Instrumenten hat die Integration deutlich beschleunigt. Ein Wechsel ins AsylbLG würde diesen Zugang kappen – Sozialämter verfügen weder über entsprechende Instrumente noch über die Kapazitäten, um Integrationsarbeit dieser Art zu leisten. Gleichzeitig arbeiten sie bereits heute an der Belastungsgrenze. Eine zusätzliche Umstellung und Erweiterung ihres

Aufgabenbereichs würde die Qualität der Leistungen für alle Betroffenen weiter verschlechtern.

Der Rechtskreiswechsel gefährdet somit die berufliche Integration ukrainischer Geflüchteter, widerspricht den Erfolgen der letzten Jahre und führt vor allem zu zusätzlicher Belastung ohne erkennbaren Nutzen. Berlin darf und kann diese Entscheidung im Sinne seiner Geflüchteten und seiner Verwaltungen nicht mittragen.

Berlin, den 6. Januar 2026

Jarasch Graf Omar
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen